

Angelina Keil

Wirtschaftschronik

I. Quartal 2013

Abgeschlossen am 31. März 2013 • E-Mail-Adresse: Angelina.Keil@wifo.ac.at

Die wirtschaftspolitischen Entscheidungen zur Beendigung der Bankenkrise in Zypern haben eine erhebliche Verunsicherung der Einleger zur Folge, da diese an den Sanierungskosten beteiligt werden. Das erste Sanierungskonzept von Euro-Gruppe, IWF und zypriotischer Regierung sah sogar vor, die staatlich garantierten Einlagen bis 100.000 € zur Finanzierung der Banken mit Zahlungsschwierigkeiten heranzuziehen; dieses Konzept wurde vom zypriotischen Parlament abgelehnt. Ein Run auf die Banken, der sich auch auf andere Länder der Euro-Zone ausweiten könnte, wurde befürchtet. Über Kapitalkontrollen sollen große Geldabflüsse aus Zypern verhindert werden. Die Einigung der Euro-Länder auf eine einheitliche Bankenaufsicht (Single Supervisory Mechanism – SSM) wird als bedeutender Integrationschritt auf dem Weg zur Bankenunion gewertet.

1. Jänner: Irland übernimmt von Zypern den Vorsitz des Europäischen Rates.

16. Jänner: Das Europäische Parlament billigt eine Verordnung zur gesetzlichen Neuordnung für Ratingagenturen, die Staaten, Unternehmen und Finanzprodukte bewerten. Künftig können Anleger oder Emittenten bei Verletzung von EU-Vorschriften durch Ratingagenturen diese zivilrechtlich auf Schadenersatz klagen. Die mit der Bewertung von strukturierten Produkten beauftragten Agenturen müssen alle 4 Jahre gewechselt werden. Zum Jahresende müssen Ratingagenturen einen Terminkalender für die Länderratings des Folgejahres vorlegen. Nichtangeforderte Länderratings dürfen zu höchstens drei Zeitpunkten des Jahres veröffentlicht werden.

21. Jänner: Der niederländische Finanzminister Jeroen Dijsselbloem wird von den Finanzministern der Euro-Länder zum Nachfolger von Jean-Claude Juncker als Präsident der Euro-Gruppe bestellt. Juncker war seit 2005 als erster Präsident der Euro-Gruppe tätig.

22. Jänner: Die Finanzminister von Österreich, Deutschland, Frankreich, Belgien, Spanien, Estland, Griechenland, Italien, Portugal, der Slowakei und Slowenien einigen sich, einen Gesetzgebungsprozess zur Ausgestaltung einer Steuer auf Finanzgeschäfte ("Finanztransaktionssteuer") in Gang zu setzen. Nach älteren Schätzungen der Europäischen Kommission sind bei Teilnahme aller 27 EU-Länder und einer Steuer von 0,1% des Volumens von Aktien- und Anleihtentransaktionen und von 0,01% des Volumens von Derivaten Einnahmen von 57 Mrd. € pro Jahr zu erwarten.

23. Jänner: Der britische Premierminister David Cameron kündigt in einer Grundsatzrede über die Beziehung zwischen Großbritannien und der EU bis spätestens 2017 eine Volksabstimmung über den Verbleib Großbritanniens in der EU an.

23.-27. Jänner: Die Teilnehmer des World Economic Forum (WEF) in Davos sehen den Höhepunkt der Wirtschaftskrise bereits überschritten. Der IWF erwartet eine leichte Erholung der Weltwirtschaft in den kommenden Monaten. Die UNO-Millenniumsziele zur Armutsbekämpfung, die 2015 auslaufen werden, sollen nach übereinstimmender Meinung weitergeführt werden.

Ausland

Europäischer Rat: Vorsitz

*Europäisches Parlament:
Ratingagenturen*

*Euro-Gruppe:
Jeroen Dijsselbloem*

Finanztransaktionssteuer

*Großbritannien:
Beziehung zur EU*

World Economic Forum

USA: Standard & Poor's

4. Februar: Die Regierung der USA klagt die Ratingagentur Standard & Poor's. Zwischen 2004 und 2007 seien Finanzprodukte zu positiv bewertet worden, um den eigenen Marktanteil im Ratinggeschäft zu steigern.

Deutschland:
Trennbankensystem

6. Februar: Die deutsche Bundesregierung verabschiedet einen Gesetzesentwurf, der ein Trennbankensystem nach den Vorschlägen der Liikanen-Expertengruppe vorsieht¹⁾.

China: Wohlstandsgefälle

7. Februar: Die chinesische Regierung legt einen Bericht zur Überwindung des wachsenden Wohlstandsgefälles vor. Das Wachstumsmodell soll angepasst und der Binnenkonsum gesteigert werden. Negative Realzinssätze hatten eine Enteignung der privaten Haushalte zur Folge. Durch eine Steigerung der Löhne sollen bis 2015 50 Mio. Chinesinnen und Chinesen über der Armutsgrenze leben.

Europäischer Rat:
Finanzrahmen 2014/2020

8. Februar: Der Europäische Rat einigt sich auf den Finanzrahmen 2014/2020. Für diese Periode wird ein Ausgabenrahmen von 960 Mrd. € (zu Preisen von 2011) festgelegt, der 1% der EU-Wirtschaftsleistung entspricht. Der Vorschlag der Kommission sah eine Ausweitung auf 1.045 Mrd. € vor. Entsprechend der neuen Gewichtungen der Bereiche werden die Mittel für die Kategorie "Wettbewerb für Wachstum und Beschäftigung" auf 125,6 Mrd. € (+37,3%) erhöht, die beiden größten Bereiche werden eingeschränkt: Für die Agrarpolitik stehen 373,2 Mrd. € zur Verfügung (-11,3%), für die Kohäsionspolitik 325,1 Mrd. € (-8,4%).

EU: Eigenkapitalvorschriften

28. Februar: Die Verhandlungspartner des Europäischen Parlaments und des EU-Ministerrates einigen sich auf eine Neuregelung der Eigenkapitalvorschriften für Banken basierend auf dem Basel-III-Abkommen, die ab 2014 für 8.000 Kreditinstitute schrittweise wirksam werden. Künftig müssen 4,5 statt bisher 2 Prozentpunkte der Rücklage von 8% des Eigenkapitals (gemessen an den nach Basel III risikogewichteten Aktiva) aus Kapital der höchsten Qualität bestehen (hartes Kernkapital CET1). Ein Kapitalerhaltungspuffer von 2,5% der risikogewichteten Aktiva (CET1) sowie ein konjunkturabhängiger antizyklischer Puffer von 0% bis 2,5% müssen aufgebaut werden. Höhere Kapitalanforderungen für systemrelevante Banken einzelner Länder können von der Europäischen Kommission bewilligt werden.

EU: Boni

Künftig sollen die variablen Einkommensteile (Boni) von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie Managerinnen und Managern der Banken in der EU einheitlich geregelt sein und nicht höher dotiert werden als das Grundgehalt (1 : 1-Regel). Dazu ist die Transparenz in der Berichterstattung zu erhöhen; für jedes Land, in dem das Bankinstitut tätig ist, müssen Umsatz, Gewinn, Steuern, Subventionen und Mitarbeiterzahl ausgewiesen werden.

Spanien: Bankia

Bankia, ein vor 2 Jahren gegründeter Verbund von spanischen Sparkassen mit Zahlungsproblemen, meldet einen Verlust von 19,2 Mrd. €.

USA: Banken Stresstest

7. März: 17 der 18 getesteten Banken in den USA bestehen den Stresstest. Im Szenario mit einer Arbeitslosenquote von 12,1% sowie einem Einbruch der Aktienmärkte um 50% und der Hauspreise um 20% würde nur für den Autofinanzierer Ally Financial die Kernkapitalquote unter die gesetzliche Grenze von 5% sinken. Derzeit liegt die aggregierte Eigenkapitalquote aller getesteten Institute bei 11,1%.

Italien: Rating

8. März: Die Ratingagentur Fitch setzt die Kreditwürdigkeit Italiens um eine Stufe auf BBB+ herab. Die anhaltende Rezession und die nach den Wahlen ungeregelte politische Lage begründen diese Entscheidung.

EU: Freihandelsabkommen mit den USA

12. März: Die Europäische Kommission legt den Entwurf eines Verhandlungsmandats über ein Freihandelsabkommen mit den USA vor. Als Grundlage dient der Endbericht einer gemeinsamen Arbeitsgruppe der EU und der USA zur Intensivierung der transatlantischen Wirtschafts- und Handelsbeziehungen²⁾. Die Beseitigung von Handelshemmnissen und Zöllen auf die Exporte von Gütern und Dienstleistungen soll

¹⁾ Keil, A., "Wirtschaftschronik. IV. Quartal 2012", WIFO-Monatsberichte, 2013, 86(1), S. 31, <http://www.wifo.ac.at/www/pubid/46140>.

²⁾ United States-Europe-European Union High Level Working Group on Jobs and Growth Final Report, 11. Februar 2013, <http://trade.ec.europa.eu/doclib/html/150519.htm>.

nach Schätzungen die gesamtwirtschaftliche Wertschöpfung pro Jahr in der EU um 119 Mrd. € und in den USA um 95 Mrd. \$ erhöhen.

13. März: Das Europäische Parlament lehnt den am 8. Februar 2013 vom Rat vorgelegten Finanzrahmen 2014/2020 ab.

Die laufenden Verhandlungen der Troika mit der griechischen Regierung scheitern an den Forderungen zum Abbau der Beamtenschaft. Die für März vorgesehene Kreditrate von 2,8 Mrd. € wird ausgesetzt.

14. März: Der Frühjahrsgipfel der EU steht unter dem Eindruck einer weiteren Rezession und einer hohen Arbeitslosenquote in der gesamten EU (Jänner 2013: 10,8%). Ratspräsident Van Rompuy bestätigt die vier Prioritäten der Wirtschaftspolitik: Wiederherstellung der Finanzmarktstabilität, Wiederherstellung von strukturell gesunden Staatsfinanzen, Kampf gegen die Arbeitslosigkeit unter besonderer Berücksichtigung der Jugendarbeitslosigkeit und Förderung von langfristigem Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit. Aufgrund der Konjunkturschwäche dürfte die Frist zur Verringerung des Staatsdefizits in Frankreich, den Niederlanden, Portugal und Spanien verlängert werden.

15. März: Die Troika räumt Portugal eine zweite Fristverlängerung bis 2015 zur Erreichung des Maastricht-Budgetdefizits von 3% des BIP ein. 2013 wird das Haushaltsdefizit 5,5% und nicht wie vorgesehen 4,5% erreichen.

16. März: Die Euro-Gruppe, der IWF und die Regierung von Zypern einigen sich auf ein Rettungspaket für Zypern. Dieses sieht Hilfskredite im Ausmaß von 10 Mrd. € vor. Die Differenz zur benötigten Summe von 17 Mrd. € muss Zypern durch eigene Maßnahmen erbringen. Das Rettungspaket der Troika soll überwiegend zur Rekapitalisierung der Banken zur Verfügung stehen; dazu soll dieser überdimensionierte Sektor bis 2018 auf EU-Durchschnitt verkleinert werden. Weitere Finanzmittel sollen über eine Stabilitätsabgabe von 6,75% auf Einlagen unter 100.000 € und 9,9% auf Einlagen über dieser Grenze eingehoben werden. Zusammen mit der Anhebung der Unternehmenssteuern von derzeit 10% auf 12,5%, der Einführung einer Quellensteuer auf Kapitaleinkommen ausländischer Anleger und der Beschleunigung der Privatisierung sollen dem Budget 5,8 Mrd. € an Einnahmen zufließen.

18. März: Die zyprische Regierung beschließt, die Banken geschlossen zu halten, um einen Run auf die Banken und weitere Kapitalabflüsse zu verhindern.

19. März: Die 17 Euro-Länder einigen sich auf einen einheitlichen Bankenaufsichtsmechanismus "Single Supervisory Mechanism" (SSM), der als wesentliche Säule der Bankenunion gilt. Die Teilnahme ist für Euro-Länder verpflichtend und für die anderen EU-Länder freiwillig. Diese Institution gilt als Voraussetzung, um Banken direkt über den Euro-Krisenfonds zu rekapitalisieren und damit eine Entflechtung von Staatsschulden- und Bankenkrise zu erzielen. Der Überwachung des SSM unterliegen Banken mit einer Bilanzsumme von mehr als 30 Mrd. € oder mehr als 20% des BIP im Sitzland. Ebenfalls überwacht werden die drei größten Geldinstitute eines Euro-Landes sowie Banken, die direkte Hilfe über den Europäischen Stabilitätsmechanismus ESM benötigen. Kleinere Banken fallen in die Zuständigkeit der nationalen Aufsichtsbehörden, wobei der EZB ein Weisungs- und Durchgriffsrecht eingeräumt wird. Der SSM wird bei der EZB angesiedelt sein, jedoch wird ein neues Aufsichtsgremium (Supervisory Board) eingerichtet, um eine Interessenskollision zwischen geldpolitischen Aufgaben und Aufsichtsaufgaben zu vermeiden. Das Europäische Parlament und der Ministerrat werden die Personen für Vorsitz und Stellvertretung des Boards gleichberechtigt bestellen³⁾. Der SSM könnte Ende März 2014 seine Tätigkeit aufnehmen.

Nach erheblichem Widerstand der Bevölkerung gegen die Stabilitätsabgabe beschließt die Regierung in Zypern, Bankguthaben unter 20.000 € von der Zwangsabgabe auszunehmen. Dennoch stimmt das Parlament gegen das Hilfspaket der Troika vom 16. März 2013.

Europäisches Parlament:
Finanzrahmen 2014/2020

Griechenland: Troika

EU: Frühjahrsgipfel

Portugal: Troika

Zypern: Rettungspaket

Zypern: Banken

Euro-Länder: Single
Supervisory Mechanism

Zypern: Hilfspaket

³⁾ Keil, A., "Wirtschaftschronik. IV. Quartal 2012", WIFO-Monatsberichte, 2013, 86(1), S. 32, <http://www.wifo.ac.at/www/pubid/46140>.

Bank of Japan

20. März: Haruhiko Kuroda wird als Nachfolger von Masaaki Shirakawa Gouverneur der Bank of Japan. Im Kampf gegen die Stagnation und Deflation will er die für 2014 vorgesehenen unbegrenzten Anleihekäufe durch die Notenbank vorziehen und die "Banknoten-Regel", nach der die Notenbank nicht mehr Staatsanleihen halten darf als Banknoten im Umlauf sind, aufgeben.

Ungarn: Rating

21. März: Standard & Poor's setzt den Ausblick der Kreditwürdigkeit Ungarns aufgrund der raschen Zunahme des Haushaltsdefizits im Jänner und Februar 2013 von stabil auf negativ. In diesen Monaten wurden 40% des für das gesamte Jahr prognostizierten Defizits erreicht.

Spanien: Bankia

22. März: 400.000 Aktionärinnen und Aktionäre des spanischen Geldinstituts Bankia werden an den Restrukturierungskosten beteiligt. Der spanische Rettungsfonds FROB setzt den Nominalwert der Aktien von 2 € auf 0,01 € herab. Der Nominalwert von Vorzugsaktien und nachrangigen Anleihen wird von insgesamt 6,9 Mrd. € auf 4,8 Mrd. € abgewertet und in Stammaktien umgetauscht. Eine ähnliche Vorgangsweise trifft Anlegerinnen und Anleger der Catalunya Banc (Wertverlust von 61%), der Banco Gallego (-50%) und der NGC Banco (-43%).

Zypern: Sanierungsprogramm

25. März: Nach der Ablehnung des Hilfspakets durch das zypriotische Parlament beschließen die Troika und Zypern ein abgeändertes Sanierungsprogramm für den Bankensektor. Demnach bleiben die Einlagen auf Bankkonten bis 100.000 € gesichert. Eine "Good Bank" übernimmt die gesicherten Einlagen der Laiki Bank und überführt sie an die Bank of Cyprus, welche auch die Notkredite der Zentralbank an die Laiki Bank übernimmt. Einlagen über 100.000 € werden in einer "Bad Bank" zusammengefasst, die Anleger verlieren zusammen mit Aktionären und Gläubigern ihre Ansprüche. Ergibt die Verwertung der Konkursmasse ein positives Ergebnis, so werden diese Mittel in die Bad Bank zurückgeführt und verteilt. Die Rekapitalisierung der Bank of Cyprus erfolgt in erster Linie über die nachrangigen Anleihen und Aktien. Besteht weiterer Kapitalbedarf, dann werden die ungesicherten Einlagen in Aktien umgewandelt. Dazu werden Einlagen über 100.000 € eingefroren. Die beschlossenen Hilfskredite von 10 Mrd. € sollen somit der Sanierung des Staatshaushaltes dienen und weniger zur Rekapitalisierung der Großbanken. Bis 2020 soll die Staatsschuldenquote auf 100% des BIP gesenkt werden.

Österreich

In einer Volksbefragung entscheiden sich die Wahlberechtigten für die Beibehaltung der allgemeinen Wehrpflicht und des Zivildienstes. Die budgetäre Notifikation weist einen gesamtstaatlichen Schuldenstand von 73,4% des BIP aus.

Volksbefragung

20. Jänner: In der Volksbefragung über die Wehrpflicht stimmen 50,7% der Wahlberechtigten für die Beibehaltung der allgemeinen Wehrpflicht und des Zivildienstes. Die Wahlbeteiligung liegt bei 52,4%.

Budgetäre Notifikation

Ende März: In der budgetären Notifikation an die Europäische Kommission wird der öffentliche Schuldenstand mit Ende 2012 mit 227,4 Mrd. € bzw. 73,4% des BIP ausgewiesen. Damit liegt er unter der im Herbst erwarteten Quote von 74,7% des BIP. Auch das Defizit ist mit -2,5% des BIP niedriger als erwartet (3,1%).